

Landesmedienkonferenz CORONAVIRUS

Redigierte Live-Mitschrift

07.04.2020

Organisiert durch:

ÖSDV – Österreichischer SchriftdolmetscherInnen-Verband



Erstellt von: Cornelia Dörner, Caroline Zwanzleitner

Der vorliegende Text ist die redigierte Version der Live-Mitschrift, und ist als das Ergebnis einer flüchtigen mündlichen Darbietung zu verstehen, bei der die Schriftdolmetscher/in/nen nur stark eingeschränkte Möglichkeit der Korrektur hat/haben. Für Vollständigkeit und Richtigkeit kann daher keine Garantie übernommen werden.

Trotz des Korrekturdurchlaufs können Mitschriften Fehler enthalten, sei es durch Fehler der Sprechenden oder durch Fehler der Dolmetschenden. Darüber hinaus können Passagen, die in der Live-Situation verständlich waren, in Schriftform ohne Kontext wie Mimik, Gestik oder Präsentationsfolien unverständlich werden.

Bemerkungen und Nebengeräusche, die sich nicht direkt auf die Veranstaltung beziehen, werden in der Live-Situation angeführt, in der Mitschrift aber entfernt, außer der/die Sprecherin bezieht sich auf diese. Die vorliegende Mitschrift ist urheberrechtlich geschützt und als solche nur für den internen Gebrauch bestimmt. © 2020 Dörner, Zwanzleitner

Landesmedienkonferenz Coronavirus – 07.04.2020

(Hr. Steinegger) Wir begrüßen aus dem Landhaus 1 in Bozen. Auf verschiedene Themen gehen wir heute in unserer virtuellen Landesmedienkonferenz ein. Hauptthema ist ein Bericht aus der Sitzung der Landesregierung, die sich vor allem mit dem Weg aus der Corona-Krise beschäftigt hat. Aber auch Themen aus dem Gesundheitsbereich werden heute zur Sprache kommen. Daher begrüße ich am Podium Landeshauptmann Arno Kompatscher, neben ihm Landeshauptmann-Stellvertreter Giuliano Vettorato, hier bei mir Gesundheitslandesrat Thomas Widmann und Dr. Patrick Franzoni von der medizinischen Einsatzleitung des Landes. Das Wort dem Landeshauptmann.

(LH Kompatscher) Einen schönen guten Nachmittag auch von meiner Seite (grüßt auf ladinisch). Ich werde anschließend darüber berichten, was wir heute in der Landesregierung beschlossen haben, welche Entscheidungen wir auf den Weg gebracht haben und welche in Umsetzung sind. Ich werde aber zunächst das Wort an den Landeshauptmann-Stellvertreter Giuliano Vettorato übergeben, dann wird uns Landesrat Thomas Widmann über die aktuellen Entwicklungen berichten, und auch Herr Dr. Franzoni über die Tätigkeit des Gesundheitsbetriebes.

Im Anschluss werde ich darüber berichten, was wir heute in der Landesregierung entschieden haben, vor allem auch wie die nächsten Schritte in Bezug auf die Unterstützung der Wirtschaft, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Familien in Südtirol aussehen werden. Zunächst das Wort an Landeshauptmann-Stellvertreter Giuliano Vettorato.

(LH-Stv. Vettorato) Danke Herr Landeshauptmann. Einen schönen Nachmittag auch meinerseits. Wir alle wissen, dass diese Situation sich sehr langsam stabilisiert, aber immer noch ernst ist. Danke euch allen für die Geduld und für euer Verständnis. Bitte noch weiter so. Wir alle müssen versuchen, gemeinsam die COVID-Epidemie zu bremsen. Die Gesundheit eines jeden von uns steht an erster Stelle.

Natürlich verstehen wir aber auch, dass diese Wochen für Familien, Arbeiter und Bauern eine schwierige Zeit darstellen. Wir müssen uns schon heute auf einen Neustart vorbereiten und wir müssen alle diejenigen unterstützen, die durch diese Krise in Schwierigkeiten geraten sind. Ich möchte mich bei allen Beteiligten bedanken, auch bei allen Mitarbeitern der Landesverwaltung, der Sanitätseinheiten, bei den Lebensmittelgeschäften usw., die trotz aller Schwierigkeiten jeden Tag das Beste tun, um unseren Mitbürgerinnen und Mitbürger behilflich zu sein. Entschuldigen Sie bitte mein Deutsch.

(LH Kompatscher) Dankeschön. Ich darf an dieser Stelle Landesrat Thomas Widmann das Wort erteilen. Er wird uns über die aktuellen Entwicklungen in Kenntnis setzen.

(LH Thomas Widmann) Dankeschön. In den vergangenen 24 Stunden wurden 941 Abstriche untersucht. Bei 59 Personen war der Test positiv. Die Zahl der positiv auf das neuartige Corona-Virus Getesteten steigt damit auf 1.791. Bisher wurden 17.786 Abstriche untersucht. Die Zahl der gesamten Getesteten beträgt 9.302. Auf den normalen Abteilungen der Südtiroler Krankenhäuser sowie in der Einrichtung in Gossensaß werden 234 Patientinnen und Patienten versorgt.

Weitere Personen werden in vertragsgebundenen Kliniken in Südtirol behandelt, 25 in Bozen in der Villa Melitta und 16 in der Bonvicini-Klinik und 14 Patientinnen und Patienten in der St. Anna-Klinik in Meran. 60 Personen, die als Verdachtsfälle eingestuft sind, versorgt ebenfalls der Südtiroler Sanitätsbetrieb. Die Zahl der intensivmedizinisch behandelten Patientinnen und Patienten liegt nun bei 47.

Sie sind auf die Intensiv-Abteilungen der Krankenhäuser in Südtirol verteilt. 9 Südtirolerinnen und Südtiroler werden außerhalb von Südtirol intensivmedizinisch versorgt. Sie sind auf Intensivstationen in Krankenhäusern in Österreich und Deutschland untergebracht und sind stabil. Mittlerweile sind 110 Personen in den Südtiroler Krankenhäusern mit COVID-19 verstorben. 62 Todesfälle werden von den Südtiroler Seniorenwohnheimen gemeldet. Das ergibt eine Gesamtzahl von 172 Verstorbenen, die mit dem neuartigen Corona-Virus in Zusammenhang stehen.

In amtlich verordneter Quarantäne oder Isolation befinden sich derzeit 3.275 Bürgerinnen und Bürger. Daraus entlassen wurden bereits 3.430 Personen. Von einer Quarantänemaßnahme betroffen waren und sind 6.705 in Südtirol lebende Personen.

Die Zahl der infizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Südtiroler Sanitätsbetriebes beläuft sich auf 187. Dazu kommen noch zehn Basis-Ärzte und zwei Basis-Kinderärzte, die sich ebenfalls mit dem neuen Corona-Virus infiziert haben. Das ist eine sehr niedrige Prozentzahl im Vergleich zu den anderen norditalienischen Realitäten. 290 Bürgerinnen und Bürger werden mittlerweile als geheilt eingestuft. Auch hier steigen die Zahlen von Tag zu Tag.

Ich möchte heute auf ein Thema eingehen und Klarheit schaffen: und zwar die Masken, persönliche Schutzausrüstung. Lassen Sie mich etwas vorausschicken. Vor wenigen Wochen gab es in Südtirol eine Situation, wo man Tag um Tag nicht wusste, wie man weiterkommen sollte. Die Rationen wurden tageweise ausgegeben, was teilweise zu Verunsicherungen führte.

Die Masken waren sehr rar. Die Schutzausrüstungen waren insgesamt auch sehr rar. Man hat mit äußerster Vorsicht geschaut, wie man möglichst das gesamte Sanitätspersonal und Pflegepersonal so gut wie möglich auf hohem Standard schützen kann. Das war übrigens in einer Situation, wo der Weltmarkt vollkommen zusammengebrochen war. Auch die restliche Welt versuchte dringend die Masken und die Schutzausrüstung jeweils für die eigene

Gesundheitsversorgung zu erlangen. Das ist immer noch nicht gelöst und sehr schwierig zu lösen, auch in Zukunft.

Wir hatten das Glück, dass wir Masken liefern oder ordern konnten. Diese wurden auch geliefert. Das war eine große Erleichterung. Die Masken wurden von unseren Medizinern und Medizinerinnen als geeignet befunden mit dem Hinweis auf den richtigen Gebrauch. Das ist fundamental und wichtig: Masken müssen immer richtig gebraucht und angelegt werden.

Dies erfolgte vor der Verteilung mittels eines Rundschreibens an das Sanitätspersonal. Die Sicherheit unseres Personals ist somit gewährleistet. Das ist das wichtigste Prinzip, das wir verfolgen. Der Sanitätsbetrieb - und das wird von uns ganz klar monitoriert - hat sich als obersten Prinzip an die Fahne geschrieben: das Wichtigste ist die Sicherheit des Gesundheitspersonals, das an der Front steht und tagtäglich im Einsatz ist.

Der Südtiroler Sanitätsbetrieb ist von Anfang an in der Bereitstellung von persönlicher Schutzausrüstung stets über den Leitlinien der nationalen Istituto Superiore della Sanità und der WHO hinausgegangen. Jetzt sind wir immer noch über den Standards. Und wir sind noch weiter über Wochen versorgt in höheren Standards als es das Istituto Nazionale oder auch die WHO vorsieht.

Das heißt, dass wir das Prinzip der äußersten Sicherheit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einhalten wollen und auch weiterhin einhalten werden. Da es sich hier aber um ein technisches Thema handelt, gebe ich das Wort weiter an Dr. Patrick Franzoni, der als leitender Arzt der COVID-19-Station in Bozen uns notwendige Informationen liefern kann. Er selbst ist diesem Thema praktisch tagtäglich ausgesetzt. Bitte Dr. Franzoni.

(Dr. Franzoni) Das sind die Masken, von denen wir reden: die FFP2-Maske. Das sind die Masken, die wir täglich in unseren COVID-Stationen tragen. Die Maske ist sozusagen ein Grundelement für unsere Sicherheit. Die wird jedes Mal, wenn wir in die Abteilung hineingehen, gut und richtig angezogen. Ganz wichtig ist, dass sie auch richtig sitzt. Ganz wichtig ist auch, dass immer kontrolliert wird, dass alles absolut luftdicht ist.

Man muss atmen und somit probieren, ob sie richtig angesetzt ist. Und so kann man sich in die unreine Abteilung begeben. Die Masken haben wir von Anfang an für gut befunden und wir haben sie auch gebraucht. Wenn man auch berücksichtigt, dass sie absolut sicher passen und dicht am Gesicht anliegen müssen, so sind sie wirklich gut und angenehm tragbar. Auf der anderen Seite gibt es auch andere Masken, die werden in den COVID-Bereichen gebraucht, wo keine Intensivpatienten sind.

In den Intensivstationen von Südtirol werden die sogenannten FFP3-Masken gebraucht. Ein anderer auch sehr wichtiger Typ von Masken sind die sogenannten chirurgischen Masken. Das sind Masken, die eine andere Funktion haben. Diese Masken werden angezogen, um andere Leute, eventuell Patienten, vor den Tröpfchen, die jeder, wenn er redet, hustet, oder niest produziert, zu schützen. Hier ist es weniger wichtig, wie gut die Maske am Gesicht anliegt. Wichtig ist dagegen, dass die Atemtröpfchen, die sich beim Sprechen bilden, nicht weitergeleitet werden. Darum haben sie eine ganz andere Funktion.

Von diesen Masken hier werden täglich im Sanitätsbetrieb von Südtirol, in den Altersheimen, von Allgemeinmedizinerinnen, in Apotheken und in den Krankenhäusern ca. 27.000 gebraucht. Von den FFP2-Masken, die ich vorher gezeigt habe, werden ca. 10.000 pro Tag gebraucht. Da kommen noch andere wichtige Bestandteile von der persönlichen Sicherheitskleidung dazu. Da sind die Schutzmäntel, davon werden ca. 10.000 pro Tag gebraucht, und dann noch ca. 50.000 aseptische Mäntel, das ist sozusagen die nicht-infizierte Bekleidung, die man braucht, wenn man den intensivmedizinischen Patienten zentralvenöse Katheter legt usw.

Ich möchte noch hinzufügen, dass die FFP3-Masken ein ganz wichtiger Bestandteil der personellen Ausrüstung sind. Sie sind so gemacht, dass man damit zu den intensiven Patienten gehen kann, vor allem wenn man sie intubiert oder Manöver an den Atemwegen macht. Hier hatten wir nie einen Mangel. Als das Ganze passiert ist, als wir auf die FFP2-Masken gewartet haben, hatten wir immer noch ca. 60.000 von diesen Masken. Wir brauchen ca. 1.224 davon pro Tag - da waren wir absolut gut ausgerüstet.

(LH Kompatscher) Dankeschön. Ich darf nun berichten, was heute in der Landesregierung beschlossen worden ist in Bezug auf die Maßnahmen zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Auswirkungen dieser Epidemie. Insbesondere wie wir die Betriebe, die Familien, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in die Lage versetzen, jetzt keine Liquiditätsprobleme zu haben und nicht in Zahlungsschwierigkeiten zu geraten. Und zum zweiten, wie wir Härtefälle unterstützen wollen. Und zum dritten, wie wir die Konjunktur beleben.

Wir haben heute in der Landesregierung zunächst einmal einen Gesetzesentwurf verabschiedet bzw. Abänderungsantrag zu einem bereits bestehenden Gesetzesentwurf bzw. einen Abänderungsantrag zu einem bereits bestehenden Gesetzesentwurf. Dieser enthält eine Reihe von Maßnahmen. Bereits am Donnerstag wird der zuständige Gesetzgebungsausschuss des Südtiroler Landtages sich damit befassen. Hier ist uns der Landtag auch entgegengekommen, in dem Sinne, dass alle Fristen komplett verkürzt wurden. Heute Genehmigung der Gesetzesartikel, in zwei Tagen Gesetzgebungsausschuss und bereits nächste Woche, also unmittelbar nach Ostern wird der Landtag zusammentreten.

Ich habe das mit dem Landtagspräsidenten Josef Noggler so vereinbart. Auch hier unter Verzicht auf alle gesetzlichen Fristen. Normalerweise müsste das ja schon Wochen vorher einberufen werden. So bringen wir schnellstmöglich die Gesetzesbestimmungen auf den Weg. Ich danke auf diesem Weg auch hier allen im Landtag vertretenen Parteien, auch jenen der politischen Minderheit, dass es hier das Einsehen gibt, dass wir hier auf die Formalitäten weitestgehend verzichten und hier im Sinne der Bürgerinnen und Bürger und auch der Unternehmen in diesem Land schnell und rasch handeln können.

Das betrifft all jene Bestimmungen, die gesetzliche Grundlagen brauchen, zum Beispiel die Verlustbeiträge an die kleinen Unternehmen bis zu fünf Mitarbeitern. Hier haben wir alles auf Schiene gebracht und geklärt, die Zielgruppen definiert, die Größenordnungen, die Kriterien. Aber es braucht ein Gesetz.

Deshalb brauchen wir die Hilfe und Unterstützung des Landtages, damit das schnell gestartet werden kann. In Erwartung der Verabschiedung des Gesetzes arbeiten unsere Ämter schon daran, dass wir die entsprechenden telematischen Gesuchsvorlagen dann bereitstellen können, damit das dann schnell erfolgt. Das wird dann als Eigenerklärung ablaufen. Das Unternehmen wird eine Eigenerklärung abgeben und einen entsprechenden Betrag beantragen. Aufgrund dieser Eigenerklärung wird dann ausgezahlt werden. Die Kontrolle erfolgt hinterher. Das alles bedarf einer gesetzlichen Grundlage, diese wird nächste Woche durch den Landtag erfolgen.

Wir haben in diesem Gesetzesartikel noch jede Menge weitere Bestimmungen. Wir werden diese in den nächsten Tagen vorstellen, im Landtag mit den Kollegen diskutieren und dann zur Verabschiedung bringen.

Das andere sind jene Maßnahmen, die keiner gesetzlichen Grundlage bedürfen. Da haben wir heute in der Landesregierung auch unter anderem die Vereinbarungen mit den Banken diskutiert. Wir haben seit einigen Tagen mit den Banken darüber verhandelt, wie es Unterstützung geben kann zum einen für Familien, zum zweiten für die Vorauszahlung der Beträge aus der Lohnausgleichskasse. Hier ist es notwendig, dass die Banken uns unterstützen, damit wir Akontozahlungen machen können. Es könnte zu lange dauern, bis das INSP die Beträge dann entsprechend auszahlt.

Das dritte, was die Kredite für die Wirtschaft anbelangt. Wir haben heute aktuell die letzten Details geklärt für den Vertrag, den wir mit den Banken abschließen. Der wird heute noch unterzeichnet werden.

Wir werden dann in den nächsten Stunden das formalisieren, sodass wir morgen die Konditionen bekannt geben können. Ich darf jetzt schon sagen: Dieser erste Vertrag mit den Banken wird einen

begünstigten Kredit für Familien beinhalten. Also neben den Unterstützungen, den Zuweisungen, die es geben wird für die Härtefälle, wird es auch einen Zugang zu einem begünstigten Kredit für Familien geben, damit auch hier Situationen überbrückt werden können.

Zum zweiten wird er die Regeln für die Vorauszahlung der Lohnausgleichskasse beinhalten. Hier haben wir erreicht, dass es keinerlei Spesengebühren, Zinsen etc. zu Lasten der Auszahlungsempfänger gibt. Zum dritten die Kredite für die Unternehmen bis zu fünf Mitarbeitern im Ausmaß bis zu € 35.000 mit Landesunterstützung und Landesgarantie.

Auch hier werden wir morgen die entsprechenden Garantien gemeinsam mit den Banken und die entsprechenden Konditionen bekannt geben. Weiters werden wir bekannt geben, wie die Antragsformulare ausschauen und wie man das bei den Banken beantragen kann. Wir hatten heute eine Sitzung, bzw. mehrere Sitzungen, und eine Landes-Videokonferenzen mit den zuständigen Landesräten, mit den Wirtschaftsverbänden, sei es mit dem SWR, sei es mit der Economia Alto Adige, auch in Bezug auf die Kredite für die mittleren und großen Unternehmen.

Hier waren wir uns alle einig, dass es jetzt richtig ist, noch die definitive Entscheidung der Regierung in Rom bezüglich der staatlichen Garantien abzuwarten. Es hatte gestern eine Entscheidung der Regierung gegeben. Aber die genauen Konditionen werden erst heute im Laufe des Tages oder vielleicht erst morgen bekannt gegeben, um das Paket richtig zu schnüren.

Ein Schnellschuss, der dann nur eine halbe Qualität hat, bringt hier niemandem etwas. Da waren sich alle Vertreter der Verbände einig. Das ist keine Frage von Tagen. Hier gilt es, sich für eine bessere Qualität 2-3 Tage mehr Zeit zu lassen. Natürlich dürfen wir nicht wochenlang dafür brauchen. Aber diese Zeit brauchen wir, um auch alle Mittel von staatlicher Seite auszunutzen, um bestmögliche Bedingungen für die Unternehmen zu erreichen. Da waren wir uns mit den Unternehmensvertretungen, aber auch mit den Banken einig. Auch in Bezug auf die anderen Pakete mussten wir einige Entscheidungen der römischen Regierung abwarten, damit man entsprechend die Vorteile aufgrund gesetzlicher Neuerungen auf staatlicher Ebene mitnehmen kann.

Ich verspüre das, und höre auch die Meldungen - ich bekomme auch sehr viele Zuschriften und Mails von Unternehmerinnen und Unternehmern von kleinsten, mittleren Betrieben, und auch von großen Betrieben - es ist uns in der Landesregierung schon bewusst, es ist auch den Unternehmensvertretungen bewusst, dass dringender Handlungsbedarf da ist.

Es wird verwiesen auf das, was in Österreich und in Deutschland passiert. Auch dort gab es Entscheidungen bezüglich der Auszahlungen. Ein kleiner Teil der Antragsteller kam bereits in den Genuss eine Auszahlung, ein größerer nicht. Wir sind kein Staat. Das Land Südtirol ist auch von

staatlichen Entscheidungen in gewisser Weise abhängig. Wir müssen zuerst schauen, was auf staatlicher Ebene passiert, damit wir das dann auch richtig als ergänzende Maßnahmen positionieren und nicht doppelgleisig fahren und womöglich Geld verschleudern, oder Maßnahmen setzen, die am Ende nicht wirksam sind.

Darum dauert es bei uns in einigen Punkten etwas länger, weil wir ein paar Schritte mehr machen müssen. Wir brauchen in dieser Situation eine schnelle Unterstützung, aber das ist nicht die Frage von Tagen. Niemand wird in dieser Situation aufgrund einer Zahlungsverzögerung ein Konkursverfahren einleiten. Das wäre auch gar nicht möglich. Wir wollen jetzt ein gutes Paket schnüren. Jetzt geht es um die Qualität und nicht um die Geschwindigkeit.

Hier setzen wir ganz stark auf ein gutes Paket, ein wirksames Paket, das wir gemeinsam mit den Interessenvertretungen, gemeinsam mit allen in der Landesregierung und Landesverwaltung, gemeinsam bei bestimmten Punkten auch gemeinsam mit den Banken schnüren. Sie können sich darauf verlassen: Es wird ein gutes Paket. Wir werden es dann in der Umsetzung besser gestalten haben - wirksamer, schneller, unbürokratischer - wenn wir uns jetzt entsprechend gut vorbereiten und das Paket entsprechend gut schnüren.

(Hr. Steinegger) Wir kommen zu den Fragen der Journalistinnen und Journalisten. Einige Fragen sind zu den sogenannten chinesischen, oder mit Oberalp organisierten Masken gekommen. Eine Frage hat Dr. Franzoni vorhin sicher schon beantwortet, wie viele Masken es braucht. Ich glaube, darauf müssen wir nicht mehr eingehen.

Aber andere Fragen gehen in die folgende Richtung: hätte es einen anderen Lieferanten gegeben, der die Masken in der gleichen Zeit und zu ähnlichen Konditionen hätte liefern können?

Eine zweite Frage ist, ob es stimmt, dass die europäischen Standards mit den chinesischen Standards nicht vergleichbar sind? Dass also kein Betrug vorliegt, sondern nur ein Problem der unterschiedlichen Zertifizierung. Welchem europäischen Standard entspricht der chinesische Standard KN95? Und vor allem, die wichtigste Frage laut diesem Block: Wurden die chinesischen Masken in der Intensivmedizin bzw. im Umgang mit Corona-infizierten Patienten eingesetzt?

(Dr. Franzoni) Dann würde ich gleich einmal sagen, ich weiß noch wie es dramatisch war, wie wir auf die Masken, auf das Material gewartet haben. Wir haben tagelang gesucht, ich weiß noch, Herr Dr. Zerzer, unser Landesrat, hat sich bemüht, der Landesrat, Herr Landehauptmann, alle haben versucht so schnell wie möglich Lösungen zu finden, um Material für unsere Mitarbeiter, für uns, aufzutreiben. Es war praktisch unmöglich, China war nicht imstande Material zu liefern.

Dann ist die Firma Oberalp gekommen, und hat uns das Angebot gemacht, und interessanterweise durch eine Zusammenarbeit und Hilfe von Österreich, durch Bundeskanzler Kurz, der uns geholfen hat, Landeshauptmann, Landesrat eine Flugbrücke zu organisieren und dann ist das Material endlich in Wien gelandet.

Darum muss ich sagen, mich hat diese ganze Polemik immer sehr gestört. Wir waren sehr froh, dass endlich Material angekommen ist und wir gesichert in unsere Abteilungen wieder gehen konnten.

Der EU-Standard ist anders, wir haben schon gesagt, in der EU redet man von FFP2 und FFP3. In den internationalen Standards, in den Guidelines von WHO, redet man von KN95. Das ist ein internationaler Standard, den auch Amerika respektiert. Da geht es darum, wieviel von den Partikeln 0,6 µm von der Maske gefiltert wird. FFP2 ist 94 %, FFP3 sind 98 %, KN95, wie der Name auch sagt, ist bei 95 % limitiert.

Darum wenn wir diese Maske statt FFP2 benutzen, heißt es, dass wir noch sicherer sind als mit der europäischen FFP2-Maske. Darum heißt es auch in der Guideline, dass man mit diesen Masken Intensivstationen betreten könnte. Bei uns war das nie der Fall. In jedem Intensivbereich hat man immer FFP3-Masken benutzt, und das von Anfang an, denn wir haben immer mehr Vorräte gehabt an FFP3-Masken, als FFP-2 Masken.

(Hr. Steinegger) Wir bleiben beim Mundschutz, mit einer etwas anderen Stoßrichtung von zwei folgenden Fragen. Eine Frage geht in die Richtung, dass die Pflicht in der Verordnung für Kinder bis zu einem Alter von zwei Jahren gilt. Ob das nicht völlig illusorisch ist, weil die meisten Kleinkinder das nicht akzeptieren. Könnte man hier eine realistischere Altersgrenze einführen, um Strafen zu vermeiden.

Die zweite Frage geht in die Richtung, dass die allermeisten Personen die Bürgerpflicht in den vergangenen Tagen bereits ernstgenommen, akzeptiert haben. Dass die Appelle fruchten und der vielzitierte Hausverstand angewandt wird. Die Frage ist: Müssen wirklich Strafen angedroht werden?

(LH Kompatscher) Das sind zwei sehr gute Fragen. Wir haben uns selbst damit auseinandergesetzt. Diese zwei Jahre, die in der Verordnung reingekommen sind, haben ihre Grundlage in einer Empfehlung des Centre for Disease Control and Prevention. Das ist das höchste Institut für diese Zuständigkeit in den Vereinigten Staaten. Aber wir selbst sind auch zum Ergebnis gelangt, dass es schwierig ist, mit Kleinkindern tatsächlich das umzusetzen.

Das eine ist bis zu zwei Jahren, dass es medizinisch nicht erfolgt, das andere ist praktisch wie es dann möglich ist. Und eine Strafe vorzusehen für ein Kind, das sich dann die Maske mutwillig herunterreißt, oder den Mundschutz, das Tuch – und das tun kleine Kinder, das wissen wir, und das haben wir dann sogleich korrigiert.

Es ist jetzt für Kinder bis zum Schulalter eine Empfehlung, dass auch dort der Mundschutz getragen wird. Es wäre gut, wenn die Kinder ihn auch oben lassen, aber es wird niemand dafür gestraft, weil es ganz einfach nicht möglich ist. Dann sollte es aber schon so sein, dass es getragen wird.

Zu den Strafen: Ganz generell – ja. Das ist in Südtirol von uns, in der Landesregierung, gemeinsam immer die Herangehensweise gewesen, dass wir in besonderer Weise an das Verantwortungsbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger appelliert haben. Das wir gesagt haben, wir halten die Menschen für verantwortungsbewusst. Deshalb hat es bei uns in bestimmten Bereichen keine bestimmten Metavorschriften gegeben, immer wieder Erklärungen und Hinweisen.

Interessanterweise ist das von vielen Menschen in diesem Land immer wieder kritisiert worden. Auch von Medien und Institutionen, dass wäre zu ungenau, zu unpräzise, die Menschen erwarten sich genauere Vorschriften und auch genau, wie man dann strafen darf, wo gestraft und wo nicht gestraft wird, damit es dann die Klarheit gibt.

Wir haben diesen Weg der Empfehlung gewählt. Leider ist es doch allzu oft vorgefallen, dass sich doch zu viele nicht daran gehalten haben. Die Strafe hat niemand zu befürchten, der sich an die Regeln hält. Es ist nach wie vor das der Mundschutz vorgeschrieben ist, wenn man das Haus verlässt. Und zwar immer dann, wenn man in die Lage versetzt wird, anderen Menschen zu begegnen. Wenn man alleine auf weiter Flur unterwegs ist bzw. mit den eigenen Familienmitgliedern oder mit Menschen, mit denen man eh zusammenwohnt, so ist es in der Präzisierung auch vorgesehen, da ist die Strafe nicht vorgesehen.

Es geht um eine Handhabe mit der Strafe, das steht auch im Rundschreiben an die Ordnungskräfte, die mit Augenmaß gemacht wird. Natürlich geht es nicht, dass Menschen sich um diese Regeln nicht scheren. Weil sie sagen "ich bin ja eh gesund! Was soll das? Für mich ist das nichts!". Da schließt man sich selbst aus der Gemeinschaft aus. Da ist ein Risiko für die Gemeinschaft in dieser Situation.

Da müssen wir dann leider auch für unvernünftige Vorgehensweise strafen. Wir wünschen uns, dass es möglichst wenig Strafen gibt, am besten gar keine, weil sich die Menschen an diese Regeln halten. Wir wünschen uns, dass es gemeinsam gelingt, diese Regeln mit Augenmaß, Hausverstand und vor allem mit dem Sinn für die Zielsetzung dieser Regelungen umzusetzen. Es geht darum, dass das Virus nicht weiterverbreitet wird.

Es kann aber nicht sein, dass Menschen weiterhin ohne Mundschutz aus dem Haus gehen und sagen „mich schert das alles nichts“. Hier muss man weiterhin Strafen vorsehen. Nicht alle sind in unserer Gesellschaft immer vernünftig, nicht alle verhalten sich verantwortungsbewusst.

(Hr. Steinegger) Vieles von den zwei folgenden Fragen ist dadurch schon beantwortet. Trotzdem gehen sie auch in ein gewisses Detail und beziehen sich auf die Eigenverantwortung und den Hausverstand. Und auch die Möglichkeit der Bürgermeister, schärfere Regeln einzuführen als die Landesvorschriften vorsehen. Da geht eine Frage in die Richtung, was genau heißt dieses "fußläufig"? Dürfen die Sicherheitskräfte, also die Exekutive, definieren, was genau Hausverstand, Fußläufigkeit und Eigenverantwortung ist? Das ist eine Frage.

Die zweite Frage bezieht sich genau auf Bozen, das vorhat, eine 200-m-Beschränkung zu machen. Werden weitere Gemeinden folgen und wie beurteilt der Landeshauptmann die Pläne Bozens?

(LH Kompatscher) Es ist ganz einfach so, da wo die Gemeinden eine 200-m-Beschränkung einführen werden, dort wird sie gelten. Das ist jetzt die Regelung. In der Landesverordnung ist weiterhin kein Maß vorgesehen. Es geht uns darum, dass das Ziel erreicht wird. Es geht nicht um die Frage, ob ich 150 m oder 400 m vom Haus entfernt bin. Es geht um die Frage, ob ich meinen Spaziergang, mein Frische-Luft-schnappen so gestalte, dass ich nicht in die Nähe von anderen Menschen komme, nicht riskiere andere Menschen zu infizieren oder selbst infiziert zu werden. Das ist das Ziel.

Da appellieren wir, das weiterhin so zu beachten. Und deshalb eben auch Schutz bzw. die Barriere vor Nase und Mund. Es gibt Gemeinden, wo man gesagt hat, es gäbe aufgrund der urbanen Situation, aufgrund der Dichte und aufgrund des Verhaltens der Bevölkerung die Notwendigkeit, dass auch in einem klaren Maß auszudrücken. Hier haben die Bürgermeister jetzt die Möglichkeit und diese Verantwortung. Und wenn sie das in einer Verordnung festlegen, dann wird das auch von den Ordnungskräften so gehandhabt werden.

Ansonsten gelten weiterhin die Landesverordnungen und da ist weiterhin kein Metermaß vorgesehen. Hier haben die Ordnungskräfte von uns klar diesen Hinweis erhalten. Es muss je nach Regelung entsprechend entschieden werden. Es ist gesagt worden, die Gemeinde Bozen wolle eine strengere Verordnung erlassen. Dann wird das für die Gemeinde Bozen entsprechend der Verordnung des Bürgermeisters auch so gelten.

(LR Widmann) Diese Studien sind uns nicht bekannt. Es gibt ja sehr ,sehr viele Studien, die jeden Tag in irgendeine Richtung publiziert werden, und es ist nicht die Zeit, jeder Studie nachzugehen, und zu schauen ob die jeweilige Studie wirklich stimmt oder nicht. Uns ist nicht bekannt, dass

dieses Datum stimmt. Unsere Infektionskurve ist eindeutig abgeflacht. Wir sind jetzt in einer flachen Welle. Der Druck auf die Intensivmedizin hat abgenommen. Es geht darum, die nächsten Wochen zu beobachten und jeden Tag die richtigen Entscheidungen zu treffen.

(Hr. Steinegger) Eine Frage bringe ich auch einzeln, weil sie in die zweite Phase geht, wann man wieder Lockerungen machen kann. Viele Menschen haben das Gefühl, dass man in Südtirol bereits viel weiter ist. Somit würde es wieder in eine andere Richtung gehen als die Studie, nämlich dass man in Tirol Südtirol viel weiter ist als im Rest Italiens. In Nordtirol gibt es bereits nach Ostern Lockerungen. Wäre es in Südtirol möglich im Rahmen der Autonomie, Lockerungen zuerst umzusetzen, falls die Zahlen jenen in Österreich gleichen, oder sogar besser sind?

(LH Kompatscher) Wir können nicht alleine eigenmächtig Entscheidungen in Südtirol treffen. Das ist der Unterschied, dass Österreich ein Staat ist und diese Entscheidung bei der Bundesregierung liegt und bei Bundeskanzler Kurz. Wir haben zwar hier in Südtirol eine Autonomie, aber ein gesundheitlicher Notstand wie eine Epidemie oder Pandemie hat eine besondere staatliche Zuständigkeit. Beispiel siehe Österreich, hier ist es nicht Tirol, sondern die Bundesregierung, die das entscheidet; und somit ist es auch bei unserer Autonomie nicht möglich, dass wir hier alleine vorgehen.

Das Zweite ist, Selbstverständlich machen auch wir uns Gedanken über den Neustart, wie es dann wieder losgehen soll mit der wirtschaftlichen Aktivität, mit der Aufnahme der Arbeitstätigkeiten, wann sollen die Restaurants und Bars wieder geöffnet werden? Wann sollen andere Dinge wieder schrittweise ins Leben gerufen werden?

Das ist klar, wir entwickeln die Strategie gemeinsam mit einer Arbeitsgruppe, die es hier gibt. Wir werden auch die verschiedenen Interessenverbände miteinbeziehen, weil wir auch festlegen müssen welche jeweiligen Schutzmaßnahmen es dazu braucht. Auch das hat uns der Blick nach Österreich gezeigt. Bundeskanzler Sebastian Kurz hat auch gesagt, dass es weiterhin Schutzmaßnahmen braucht.

Es wird jetzt eine Phase geben wo wir uns daran gewöhnen müssen, dass wir mit dem Virus leben müssen. Das heißt, wir müssen weiterhin darauf achten, dass wir den Gesundheitsbetrieb nicht überlasten, dass wir nicht eine zweite Welle erhalten. Wir wollen aber gleichzeitig wieder schrittweises ins normale Leben zurückfinden. Das müssen wir aber genau festlegen. Wir bereiten uns darauf vor.

Es ist auf staatlicher Ebene ebenfalls eine Arbeitsgruppe angesetzt, hier bringen wir unsere Vorschläge ein. Wir haben Forderungen gestellt, hier ist noch nichts entschieden, dass nicht überall darauf gewartet werden muss, dass die gleiche Lage in ganz Italien eintritt, sondern dass jeweils

nach der epidemiologischen Lage der Regionen entschieden wird welche Lockerungen gemacht werden können.

Das ist die Forderung. Ich denke, wir werden damit auch Gehör finden. Das bedeutet aber auch, dass wir zunächst selbst die Voraussetzungen schaffen müssen hierfür. Wir müssen selbst sicherstellen, dass es nicht wieder zu einem Aufsteigen der Kurve kommt, dass wir die Kurve flach halten können. Deshalb braucht es Schutzmaßnahmen, dass wir schrittweise wieder zurückfinden.

Also zusammengefasst, ähnlich wie in Österreich bereiten wir uns auf das danach vor. Wir müssen zunächst die Voraussetzungen haben, das bedeutet Infektionen müssen weiter zurückgehen, wir müssen sicherstellen, dass es nicht zu einer zweiten Welle kommt. Es wird ein schrittweises Zurückkehren geben, das müssen wir mit den staatlichen Ebenen koordinieren. Wir versuchen die größtmögliche Autonomie herauszuholen.

(Hr. Steinegger) Eine zweite Frage geht etwas allgemeiner in die Richtung: Wäre es nicht angebracht jetzt den Südtiroler Bürgern sofort zu helfen. Sprich, jeder Südtiroler sollte einen Beitrag X ohne langes Procedere bekommen, bzw. ohne lange Zugangsformen. Die Schweiz mache es vor, jeder Bürger bekomme eine gewisse Summe auf die Hand. in einem zweiten Schritt wird erst geschaut, was die Notwendigkeiten sind. Die Erklärung geht noch länger, aber ich fasse zusammen: Die Bürger wünschen sich weniger Bürokratie, d. h. ein jeder soll das Geld schnell auf die Hand bekommen. Wie gehen Sie da vor?

(LH Kompatscher) Ich darf auf die letzte Frage antworten, danach würde ich Landesrat Thomas Widmann der nicht nur Gesundheitslandesrat ist, sondern sich auch mit dem Thema Breitband befasst, das Wort erteilen.

Das eine ist die Frage grundsätzlich die des Helikoptergeldes. Soll es eine Verteilung von Geldern an die Bürgerinnen und Bürger geben, unabhängig davon, ob sie überhaupt einen Schaden durch diese Situation erlitten haben oder nicht. Es gibt nämlich tatsächlich Situationen, wo es Menschen gibt, die keine Nachteile daraus haben, die zwar auch zuhause bleiben müssen, die aber weiterhin ihr normales Gehalt beziehen.

Ich glaube die Südtiroler Gesellschaft würde etwas eigenartig darauf reagieren, wenn man sagen würde, jeder bekommt jetzt gleich viel Geld und alle Steuerzahler müssen das finanzieren, auch wenn sie keinen Schaden erlitten haben. Deshalb ist es glaube ich schon der richtige Weg, dass wir nicht ganz einfach Geld nach Gutdünken verteilen, egal wie die Situation eines jeden einzelnen ist. Das denke ich könnten die meisten nicht nachvollziehen können.

Das andere wäre, jetzt komplizierte Methoden anzuwenden, auch das wollen wir nicht. Deshalb haben wir den Weg gewählt, den die meisten europäischen Länder gewählt haben, nämlich schon zu unterscheiden, nicht jede und jeder bekommt Geld, das tut Deutschland, auch Österreich tut das. Überall muss man nachweisen.

Übrigens auch bei den allermeisten Maßnahmen der Schweiz. Ich habe mir das genauer angeschaut: Muss man nachweisen, dass man Einkommensverluste erlitten hat, muss man nachweisen, dass man Umsatzeinbußen in einem gewissen Ausmaß erlitten hat, dann bekommt man die eine oder andere Leistung. Das kann man sich genauer anschauen, das steht auf der Homepage der Schweizer Bundesregierung. Ich habe mir das angeschaut. Auch die Schweiz gibt nicht einfach jedem Geld. Das finden wir richtig, und ja, wir wollen dem Schweizer Beispiel folgen, aber das ist in Österreich und Deutschland auch ähnlich. Wir wollen das mit Eigenerklärung einholen.

Wir sagen dem Bürger, dem Unternehmen, du erklärst uns wie viel Umsatzverlust du erlitten hast im Vergleich zum Vorjahr, dass du in der Lohnausgleichskasse bist, dass du deine Arbeit verloren hast. Ohne irgendwelche Dokumente, das ist zum Anklicken am Computer "ich bin in dieser und dieser Situation" und dann werden die Hilfsmaßnahmen gewährleistet. Es wird anschließend kontrolliert, ob die Bürgerinnen und Bürger die Wahrheit gesagt haben. Ich glaube auch das ist im Sinne der korrekten Verwendung von Steuergeldern.

(LR Widmann) Vielleicht zur Frage von Breitband, das kann ich verstehen. Jeder hätte gerne ein ultraschnelles Netz bis in den letzten Hof, und das rund um die Uhr. Vor allem am Wochenende, wo alle zu Hause sind, dass man das tun kann, was man will. Man ist derzeit in der Freizeit viel am Computer.

Auf der anderen Seite, um dieses zu realisieren, brauchen wir noch einige Jahre. Nicht allzu lange, aber doch noch ca. 2-3 Jahre. Auf der anderen Seite bin ich aber wirklich überrascht, wie transportfähig das momentane Breitbandnetz in Südtirol ist. Ich denke, dass abertausende Menschen jeden Tag am Netz hängen. Entweder, weil sie sich beschäftigen, wenn sie am Wochenende nicht hinausgehen, andererseits mit Telekonferenzen wie wir heute. Und das unzählig viele Menschen, wie es normalerweise nie der Fall ist.

Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet wundert es mich überhaupt, dass das Netz das aushält und noch eine Leistung bringt. Auch wenn die Übertragungsrate etwas zurückgeht, wenn alle zu Hause sind. In diesem Sinne bitte ich um Verständnis, wenn so viele am Netz hängen, dass das eine oder andere nicht so wie man es sich wünscht realisiert werden kann.

(Hr. Steinegger) Die zweite Frage auf Deutsch. Wie welche Maßnahmen des Wirtschafts-, Familien- und Sozialpaketes hat die Landesregierung wie letzte Woche angekündigt nun beschlossen? Wird diese Woche auch schon konkret in die Umsetzung gegangen?

(LH Kompatscher) Zur ersten Frage: Wir sind gerade dabei mit den Fachverbänden zu definieren. Ein Beispiel: Wenn wir von Baustellen reden - da ist es ist klar, wir wollen in der nächsten Phase auch wieder Arbeit auf Baustellen ermöglichen, sobald es die epidemiologische Situation erlaubt.

Wir reden mit dem Handwerksverband, aber auch mit dem Unternehmerverband darüber, welche zusätzlichen Schutzmaßnahmen machen Sinn, dass wir zwar wieder arbeiten gehen können, aber dadurch keine zweite Welle erhalten. Wir sitzen gerade mit den Fachverbänden zusammen. Das macht eine eigene Taskforce in der Landesregierung, die definiert, welche Typologie der Masken, und wo Handschuhe verwendet werden müssen und danach fragt: Wie ist es mit den Abstandsregeln? Wollen wir Zahlen vorschreiben für die Baustellen? Soll es eine Höchstzahl geben? Müssen die alle vom gleichen Unternehmen sein? Dürfen die gemeinsam hinfahren? Wie sieht es dort aus? Müssen Sie im Auto die Maske tragen?

All diese Dinge wollen wir klar und sauber definieren. Das wird dann kein Gegenstand einer Verordnung des Landeshauptmannes sein, sondern eine Anlage mit den erlaubten Tätigkeiten. Immer in Abstimmung mit den Gewerkschaften und den Unternehmerverbänden ist das definiert worden. Wir sind hier ganz präzise am Arbeiten. Wir wollen das auch klar und verständlich und auch handhabbar haben.

Deshalb fragen wir die Praktiker. Wir fragen die, die draußen arbeiten. Ich habe jetzt nur das Beispiel der Baustellen gebracht. Dasselbe gilt für das produzierende Gewerbe in den Industriehallen. Dasselbe gilt dann aber auch für die Gastronomie. Das wird vielleicht etwas später folgen, aber auch dort muss man schauen, wie es in der Küche zugeht und welche Sicherheitsauflagen zu machen sind, damit das funktioniert. Wir sind hier also intensiv am Arbeiten.

Es wird in Phasen ablaufen: Arbeit, produzierende Tätigkeit, Gastronomie, weitere Tätigkeiten. Irgendwann geht es hoffentlich wieder so weit, dass wir auch wieder Veranstaltungen haben können. Das wird aber das letzte in der Reihenfolge sein. Es wird Schutzvorkehrungen geben, es wird dann im Laufe der Zeit schrittweise Lockerungen hoffentlich geben können.

Je nachdem, wie sich die Dinge entwickeln werden. Das geschieht zurzeit. Wir werden das sicherlich auf staatlicher Ebene abstimmen müssen. Vor allem müssen wir den Zeitpunkt dann festlegen, wann welcher Schritt erfolgen kann. Hier wollen wir dafür kämpfen, dass wir eine entsprechende Autonomie erlangen. Dass es nicht einheitlich festgelegt ist. Das habe ich jetzt erklärt.

(Hr. Steinegger) Es fehlt noch die Beantwortung zum Wirtschaftspaket und was genau beschlossen wurde.

(LH Kompatscher) Auch hier noch einmal die Frage, die suggeriert wieder einmal: "ist jetzt wieder nichts beschlossen worden? Ist es klar oder nicht klar?" Es ist ganz klar, wir werden das auch morgen noch einmal mit Landesrat Philipp Achammer und Landesrätin Waltraud Deeg vorstellen.

Wir müssen auch vorbereiten, dass man im Internet eine Seite hat - das ist alles ja auch Vorbereitungsarbeit - dass man im Internet die Daten eingeben kann, was die Kriterien sind. Ich darf schon feststellen, dass nicht der eine oder andere Tag entscheidend ist. Es geht niemand wegen ein paar Tagen in Konkurs.

Wichtig ist, dass die Maßnahmen gut sind, dass sie sauber, unbürokratisch und vor allem hilfreich sind. Wir haben entschieden, welches die Maßnahmen sind, das ist klar kommuniziert worden, es hat diesbezüglich auch die Beschlüsse in der Landesregierung gegeben, es braucht jetzt die Umsetzung der Beschlüsse. Es muss veröffentlicht werden, das Ganze muss in die Wirkung gehen.

Es gibt eine Einmalunterstützung über Liquidität bei den Banken - landesunterstützt, deshalb günstige Bedingungen. Aber es gibt auch Beiträge, das ist das Zweite, das ist entschieden worden, es gibt auch ein soziales Maßnahmenpaket. Wir werden jede Maßnahme zielgruppenorientiert die nächsten Tage bekannt geben.

Ich würde jetzt wahrscheinlich zwei Stunden brauchen, um im Detail Maßnahmen zu erklären, es würden viele Fragen offen bleiben. Wir müssen dann jeweils auch für die betroffene Gruppe, ob das ein Mieter ist, auch dort gibt es Maßnahmen, ob das jemand ist, der sich in der Lohnausgleichskasse befindet, ob es jemand ist, der seine Arbeit gerade verloren hat. Wir werden das zielgruppenorientiert auf einer eigenen Website platzieren. Das benötigt auch ein paar Tage für die Umsetzung. Wir wollen das auch benutzerfreundlich gestalten.

Ich darf hier auch schon sagen, diese Geduld wird sich auszahlen. Ich bitte auch die Vertreter, Fairness walten zu lassen, auch die politische Opposition. Ich merke, hier wird auch schon wieder Kritik gefahren, es würde zu lange dauern usw. Wir gehen hier mit sehr viel Steuergeldern um. Wir müssen schauen, dass es richtig ankommt. Wir müssen schauen, dass die Sachen jetzt nicht Schnellschüsse in die falsche Richtung sind und dass das Geld gut ausgegeben ist, und dass es dort ankommt, wo es gebraucht wird; außerdem muss es rechtlich fundiert und in Ordnung sein.

Diese Dinge haben einen bestimmten Aufwand. Noch einmal, wir sind ein autonomes Land, aber kein eigener Staat. Wir müssen manchmal 2, oder 3 Schritte mehr machen als es ein Staat braucht, um Dinge umzusetzen und trotzdem gelingt es uns. Ich glaube, das ist ein gutes Ergebnis.

(Hr. Steinegger) Bist du in Eile, dann gehe einen Umweg. So oder so ähnlich geht ein chinesisches Sprichwort, das man vielleicht als Schlusswort mitnehmen könnte. Ich danke den Teilnehmern hier am Podium. Ich fange hier ganz vorne an: Dr. Patrick Franzoni, stellvertretender medizinischer Einsatzleiter des Landes. Ich danke dem Landeshauptmann-Stellvertreter Giuliano Vettorato, dem Landeshauptmann Arno Kompatscher und Gesundheitslandesrat Thomas Widmann und natürlich auch Ihnen zu Hause und den Medien. Vielen Dank für die Teilnahme. Wir sehen uns morgen, wie schon von Landeshauptmann Kompatscher angekündigt, mit dem Thema rund um das Paket der Landesregierung um 16:30 Uhr hier im Pressesaal.